



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 27. August 2013

P r o t o k o l l

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.08.2013
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	19:29 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Kaatz, Detlef

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

Ordentliche Mitglieder

Bötel, Bernhard
Dette, Ehrhard
Gerndt, Elisabeth
Hausmann, Michael
Koch, Manfred
Puhle, Stefan
Koch, Harald

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

stellvertretendes Mitglied

Ganzauer, Oliver

Löhr, Norbert

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten
Patrick Krause
Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten
Björn Försterling

Von der Verwaltung

Hortig, Martin

Dezernent

Protokollführer

Haver, Jürgen

Protokollführer

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko

Rexhausen, Ulrich

Als Gäste

Ebert

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Försterling, Björn

Krause, Patrick

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 9.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 14.05.2013 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zeitraum vom 19.06.2013 bis 02.07.2013
Vorlage: XVII-0307/2013
8. 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: XVII-0295/2013
9. 1. Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: XVII-0305/2013
10. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0312/2013
11. Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“
Vorlage: XVII-0277/2013

- . Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“;
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: XVII-0277/2013/1
 - 12. ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig
Vorlage: XVII-0317/2013
 - 13. Unterrichtung durch den 1. Kreisrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4
NKomVG, §§ 23, 4i GO)
 - 14. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Kaatz eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18:01 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender Kaatz stellt die Tagesordnung fest. Er weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkt 11 die Ergänzungsdrucksache XII-0277/2013/1 zugesandt wurde.

Erster Kreisrat Hortig führt aus, dass es Veränderungen bei den Produktkonten gegenüber der Haushaltsplanung gegeben hat, die diese Ergänzungsvorlage notwendig gemacht habe.

Änderungswünsche liegen nicht vor. Weitere Wortmeldungen sind nicht ersichtlich.

.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 9.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 14.05.2013 (§§ 23, 4d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei 9 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 9. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 14.05.2013 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Kreistagsmitgliedern vorliegen.

TOP 6 Anträge (§§ 23, 4f GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

TOP 7 Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zeitraum vom 19.06.2013 bis 02.07.2013 Vorlage: XVII-0307/2013

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Von den im Zeitraum vom 19.06.2013 bis zum 02.07.2013 bewilligten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0307/2013 ergeben, wird Kenntnis genommen.

TOP 8 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: XVII-0295/2013

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und bittet um Wortmeldungen.

Erster Kreisrat Hortig führt die Notwendigkeit der 1. Nachtragssatzung aus. Aufgrund des Ausbaus der Breitbandversorgung soll ein Kredit in Höhe von 5 Mio. € im BLW aufgenommen werden. Die entsprechende Veränderung der Kreditaufnahme im Kreishaushalt führt nach den Niedersächsischen Haushaltsvorschriften dazu, dass eine entsprechende Nachtragssatzung zu erlassen ist. Aufgrund dessen hat sich die Verwaltung entschieden, alle entsprechenden Haushaltsveränderungen inklusive des Stellenplans hinzuzufügen. Er sei als zuständiger Dezernent nicht froh über die in der Satzung aufgeführten Zahlen, da sie eine Entwicklung aufzeigen, der sich die Politik in Zukunft stellen müsse.

KAbg. Fricke ist ebenfalls über das Zahlenwerk nicht glücklich, da es eine Verschlechterung des Ursprungs Haushaltes darstellt. Die angesprochene Kreditaufnahme sei für den Kernhaushalt zwar positiv, da es für diesen eine Entlastung darstelle. Durch die Verlagerung in den Haushalt des Wirtschaftsbetriebes, belaste es aber diesen. Er begrüße die angepasste Darstellung des außerordentlichen Aufwandes der Geldanlage. Dieses wäre positiv, da es der Haushaltsklarheit bzw. Haushaltswahrheit diene. Negativ seien jedoch die Zahlen des Ergebnishaushalts. Zwar liege eine Entlastung durch die nicht unerheblich erhöhten Erträge bei den allgemeinen Deckungsmitteln vor, allerdings fange es nicht die Belastungen, insbesondere bei der sozialpädagogischen Jugendhilfe, auf. Dies führe zu einem Fehlbedarf in Höhe von 224.000 €. Er vermute, dass es Auswirkungen der Änderungen des Kinderschutzgesetzes aus 2012 wären und wünsche hierzu genauere Informationen. Weiterhin bitte er um Information, warum dieser Bedarf zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2013 noch nicht erkennbar war.

Erster Kreisrat Hortig bestätigt die Vermutung Herrn Frickes.

Herr Beddig ergänzt, dass es insbesondere auf die drastisch erhöhten Fallzahlen im Bereich der Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen beruhe. Es sei nach Auskunft des Jugendamtes auch im Vorfeld nicht erkennbar gewesen, beruhe auf der Hochrechnung nach Ablauf des ersten halben Jahres und es wäre weiterhin mit diesen Fallzahlen zu rechnen.

KAbg. Fricke findet diese Entwicklung zwar unschön, aber es wäre eine zwangsläufig notwendige Anpassung und es würde schweren Herzens zugestimmt werden müssen, da es zwar eine Verschlechterung darstelle, diese aber notwendig wäre.

KAbge. Gerndt hätte noch eine Ergänzung dazu, warum der Wert der Anlagen lediglich als geschätzt angegeben wurde.

Erster Kreisrat Hortig führt dazu aus, dass korrekterweise zur Anpassung der Wert zum Stand 31.12. des Jahres zu nehmen wäre. Da dieses jedoch nicht möglich ist, wurde der aktuelle Wert zugrunde gelegt. Daher läge nur eine Schätzung für den entsprechenden Zeitpunkt vor.

Herr Beddig ergänzt, dass es sich um Schätzungen handle, da die bisherige Entwicklung des 1. Halbjahres berücksichtigt wurde. Die weitere Entwicklung könne natürlich noch negativer ausfallen, sich aber auch in die andere Richtung entwickeln.

KAbge. Gerndt hätte gerne noch eine Konkretisierung, wieso der Auszahlungsaufwand dermaßen gestiegen sei. Sie würde gerne wissen, ob sich das Zahlungsverhalten entsprechend geändert habe.

Herr Beddig fasst die Gründe der Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt zusammen. Im Ergebnishaushalt wäre die Abschreibung der Investitionen berücksichtigt. Im Finanzhaushalt wären in diesem Jahr höhere Auszahlungen zu tätigen. Die meisten Investitionszahlungen fielen im Bereich 23 an. Dieses sei z.B. bei der Mensa der IGS Wallstraße der Fall. Geplant war ein bestimmter Betrag für die Arbeiten. Dieser sei jedoch entsprechend höher ausgefallen, was die Mehrausgaben zur Folge habe. Bei den Abschreibungen tauche dieses jedoch nicht entsprechend auf, was die Unterschiede bei den Haushalten ausmache.

KAbg. Hausmann erfreut der erhöhte Ertrag der Kreisumlage. Er hätte jedoch noch geklärt, inwieweit die Abrechnung für 2012 zu verstehen sei.

Herr Beddig antwortet, dass darunter zu verstehen sei, dass die Umlage mit den Gemeinden für 2012 nunmehr komplett abgerechnet wäre. Daraus ergäben sich jedoch noch keine Rückschlüsse für das Jahr 2013.

KAbg. M.Koch führt aus, dass er sich mit einer Zustimmung sehr schwer tue, weil seitens der Landesregierung die Haushaltskonsolidierung verfügt wurde. Somit erfolge der Nachtrag nicht nur wegen der erforderlichen Mittel im Bereich Breitbandausbau, sondern auch zum Nachweis der Haushaltskonsolidierung, die hier allerdings nicht zu erkennen sei. Der Landkreis laufe weiterhin in noch größere Defizite hinein und es sei nicht absehbar, ob die Zinsen weiterhin so günstig blieben.

Vorsitzender Kaatz entgegnet, dass eine eindeutige Tendenz vorläge. Sie ergäbe sich auch aus dem Nachtrag und sei eindeutig nicht positiv. Das sei vermutlich auch in 2014 so wieder zu finden und die Haushaltskonsolidierung wäre in den Beratungen zum Haushalt 2014 zu thematisieren und nicht Gegenstand der Beratungen zur Nachtragssatzung.

KAbge. Gerndt fragt nach der Sicherung des in der Zukunft zu leistenden Kapitaldienstes gegenüber plötzlicher Marktentwicklungen.

Erster Kreisrat Hortig antwortet hierauf, dass Kredite im investiven Bereich über eine Maximallaufzeit vereinbart werden. Somit bestände in den nächsten Jahren auch ein gewisser Schutz gegen steigende Zinsen. Mehr könne die Verwaltung derzeit nicht machen. Erhöhten Aufwendungen aufgrund von Gesetzesänderungen könne man schlecht gegensteuern. Die langfristigen Kredite, wie z.B. beim Breitbandausbau, seien mit Laufzeiten von 20 Jahren bei konstantem Zinssatz ausreichend abgesichert.

KAbge. Gerndt wünscht noch eine Konkretisierung der Absicherung und möchte wissen, ob es dahingehend einen Stufenplan gebe.

Erster Kreisrat Hortig führt dazu aus, wenn man der Tendenz gegensteuern möchte, müsse sich der Kreistag einer Aufgabenkritik stellen. Ohne entsprechendes politisches Mandat könne die Verwaltung die finanziellen Entwicklungen im Bereich der freiwilligen Leistungen nicht beeinflussen.

KAbge. Gerndt wüsste gern inwieweit es eine Absicherung der Kassenkredite gebe.

Vorsitzender Kaatz weist darauf hin, dass bislang die Zinsen der Kassenkredite geringer waren, als die der langfristigen Kredite und der Landkreis daher diese Richtung gewählt habe. Sollte sich abzeichnen, dass in diesem Bereich eine Angleichung erfolge, müsse über einen Richtungswechsel nachgedacht werden.

KAbg. Fricke ist auch der Auffassung, dass man sich einer Aufgabenkritik stellen müsse. Der Kreistag müsse auch einmal die Kraft haben und nein zu neuen Aufgaben und gewünschten Dingen sagen, um dadurch die nachhaltige Sicherung der Finanzen in den Vordergrund zu stellen. Der Landkreis werde sich zukünftig viele Dinge schlichtweg nicht mehr leisten können.

KAbge Gerndt entgegnet, dass es ihr darum gehe, zwei Aufgabengebiete getrennt zu bearbeiten. Zum einen wäre zu prüfen, ob der Aufwand, den man betreibe und für die Zukunft angesetzt habe, so noch haltbar wäre. Aber unabhängig davon wäre man auch jetzt in der Pflicht, das bestehende Loch in Höhe von rund 10 Mio. € abzusichern. Dies wäre eine völlig andere losgelöste Aufgabenstellung, die sie gern diskutiert sehe.

KAbg. Bötzel weist auf die Möglichkeit hin, dass bei investiven Krediten, deren Zinsbindungsfrist in den nächsten Jahren ablaufe, durch rechtzeitige Verhandlungen mit den Banken eventuell noch günstige

Zinssätze zu erhalten wären. Liquiditätskredite dürften nicht langfristig umgeschuldet werden. Daher könne es langfristig passieren, dass bei der momentanen Marktentwicklung die Zinslast das Doppelte oder gar das Dreifache betrage.

Erster Kreisrat Hortig antwortet, dass konkrete Anlässe zur Umschuldung langfristiger Kredite derzeit nicht vorlägen. Die Laufzeiten lägen noch soweit in der Zukunft, dass es derzeit weder geboten noch im Hinblick auf die vereinbarten Zinsbindungsfristen möglich wäre, jetzt kurzfristig umzuschulden.

KAbg. Bötzel bittet darum, dass die Verwaltung, sofern es nicht zu viel Arbeit mache, eine Aufstellung der Investitionskredite mit Aufzeichnung der Konditionen und der Zinsbindungsfristen zur Verfügung zu stellen.

Hinweis der Verwaltung: Die gewünschte Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen nachstehende

Beschlussempfehlung:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2013 wird fortgeschrieben.

TOP 9 1. Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: XVII-0305/2013

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 9 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits in den Beratungen zum Stellenplan 2013 nicht zugestimmt hatte. Die Personalaufwendungen sind der größte Aufwandsposten des Haushaltes. Es bestünde lediglich eine eingeschränkte Haushaltsgenehmigung. Der Haushalt müsse konsolidiert werden, allerdings steigen die Stellenanteile weiter. Es müsse daher eine Aufgabenkritik dahingehend erfolgen, ob der Landkreis sich diese Steigerungsrate mit den verbundenen Aufgaben noch leisten könne. Hier müsse ein entscheidender Teil der Haushaltskonsolidierung erfolgen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung machen anerkannter Weise auch gute Arbeit. Aber es müsse trotzdem der Personalaufwand den Erträgen entsprechen. Dinge die man sich nicht leisten könne, solle man sich dann auch nicht leisten. Daher werde sich seine Fraktion enthalten, da dieser Nachtrag auch noch nicht in der Fraktion besprochen werden konnte. Er bitte noch um Erklärung, ob es bei den Veränderungen bei der A13-Stelle um dieselbe Person handele.

Erster Kreisrat Hortig bestätigt diese Auffassung und ergänzt, dass dieses die Konsequenz der Auflösung des Amtes 23 wäre.

KAbg. Fricke bittet noch um Erklärung ob die zusätzlich geschaffene A10-Stelle, die Aufgaben der weggefallenen Stelle im Amt 23 übernehme.

Herr Beddig führt dazu aus, dass dieses nicht ganz richtig wäre. Die weggefallene Stelle hatte auch Leitungsfunktion, die in Amt 10 aufgegangen sei. Allerdings war ebenfalls ein Stellenanteil für Finanzen enthalten, der mit Einrichtung dieser Stelle aufgefangen werden solle. Eine Aufteilung auf die bereits vorhandenen Stellen wäre nicht machbar gewesen.

KAbg. Fricke bittet um Erklärung, wie denn das Controlling im Dezernat I bislang durchgeführt wurde, wenn nun eine neue Stelle hierfür eingerichtet wurde.

Erster Kreisrat Hortig erklärt, dass aufgrund des Umfanges des Dezernates entschieden wurde, ein zentrales Controlling einzurichten um Effizienzsteigerungen zu erzielen. Ziel sei, das Controlling in Dezernat I stärker zu konzentrieren und zu straffen. Zudem sei geplant, durch diese Stelle die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle zu planen.

KAbg. Fricke fasst die Vorlage noch einmal zusammen und betont nochmals, dass die Vorlage noch nicht in der Fraktion besprochen werden konnte und dass sich die CDU-Fraktion daher enthalten werde.

KAbge. Gerndt führt aus, dass ihre Fraktion sich auch noch nicht mit dem Nachtragsstellenplan hat befassen können und sich auch enthalten würde. Sie stelle daher den Antrag auf Rückgabe der Vorlage in die Fraktionen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig den nachstehenden

Beschluss

Die Vorlage wird vom Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit ohne Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss in die Fraktionen zurückgegeben.

TOP 10 Neuorganisation der Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVII-0312/2013

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke begrüßt es, dass dem Ausschuss eine Vorlage zur Wirtschaftsförderung vorgelegt wird. Die Wirtschaftsförderung sei ein wichtiger Bestandteil der Politik im Landkreis. Eine vernünftige Wirtschaftsförderung sei die beste Arbeitsmarktpolitik. Sofern entsprechende Standort- und politische Rahmenbedingen vorlägen, bestehe auch die Möglichkeit der Arbeitsplatzgenerierung. In der Vorlage stehe nachfolgender Satz. „Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Projektskizze sowie um Entscheidung, dass die **Variante 2** „Wirtschaftsförderung in der Landkreisverwaltung“ weiter untersucht und zu einer Konzeption entwickelt werden soll“. Diesem könne sich die CDU-Fraktion durchaus anschließen. Der Beschlussvorschlag jedoch wäre ein absoluter Beschluss, den die Fraktion so nicht mittragen würde. Es solle erst einmal die Projektentwicklung installiert werden, um eine nicht ausschließliche Beschränkung auf die Variante 2 zu erhalten. Danach solle in der Landkreisverwaltung eine entsprechende Wirtschaftsförderungsabteilung eingerichtet werden. Dadurch könnten sich Doppelstrukturen entwickeln. In der Stadt Wolfenbüttel bestehe bereits eine laufende Wirtschaftsförderung. Zwar bestehe der Kreis nicht nur aus der Stadt Wolfenbüttel, aber eventuell können sich Synergieeffekte ergeben. Er halte es daher für sinnvoll, eine fachlich gut besetzte Projektgruppe aus Verwaltung und Politik zu installieren und auch die Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamte seien hinzuzuziehen.

KAbg. Hausmann hätte gern die Auskunft, ob die Projektskizze bereits einmal Bestandteil der Beratungen gewesen sei, da sie bereits vom 27.04.2011 wäre.

Erster Kreisrat Hortig entgegnet, dass ihm dieses nicht bekannt sei. Dies läge daran, dass die Vorgespräche mit der Stadt Wolfenbüttel zu den in der Vorlage dargestellten Ergebnissen geführt hatten. Daraufhin wurde die Skizze nicht weiter verfolgt. Viele Annahmen der Skizze hätten aber weiterhin Gültigkeit. Sie müssten vielleicht ein Detail noch einmal modifiziert werden, aber die Skizze als solche wäre durchaus tauglich. Er habe kein Problem damit, dem Vorschlag des KAbg. Fricke zu folgen und den Beschlusstext entsprechend anzupassen. Das Thema Wirtschaftsförderung soll aufgegriffen werden. Ein erster Schritt wurde bereits in der Tourismusförderung vollzogen. Diese stelle einen nicht unerheblichen Teil der Wirtschaftsförderung dar. Der Bereich setze auf verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit und befände sich bereits in einer Entwicklung. Daher auch die Intention der Verwaltung auch in der Wirtschaftsförderung im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit für die Mitgliedskommunen das entsprechende Knowhow vorzuhalten und zu unterstützen. Es gehe darum, die weitere Entwicklung der Wirtschaftsförderung fachkundig zu begleiten und vertiefen. Hauptaufgabe sei die Koordination und einheitliche Ausrichtung im gesamten Landkreis.

KAbg. Puhle sieht die Wirtschaftsförderung auch als wesentliches Kernthema der Wahlperiode an. Er sehe auch eine gewisse Eilbedürftigkeit. Sollte der Beschlusstext entsprechend angepasst werden, könne er auch zustimmen, da durch die Änderung eine weitere Bearbeitung in den Fraktionen nicht ausgeschlossen wäre.

Vorsitzender Kaatz ergänzt noch, dass es bereits Bestrebungen gab, die Wirtschaftsförderung zu installieren und es Schwierigkeiten mit der Einbeziehung der Stadt Wolfenbüttel gab. Allerdings zeige das Beispiel der Tourismusförderung, dass die Stadt Wolfenbüttel mit dem Kreis und den anderen Kommunen kooperieren möchte. Die Diskussion über den Tourismus hinaus könne auch dazu führen, dass auch in der Wirtschaftsförderung alle ins Boot geholt werden könnten. Er halte es auch für den richtigen Weg, eine Arbeits- oder Projektgruppe unter Beteiligung von Verwaltung, Politik und Hauptverwaltungsbeamten zu installieren. Die Diskussion nur auf den Landkreis zu beschränken halte er für zu eng gefasst. Darüber hinaus solle ergebnisoffen an einer Lösung im Landkreis oder auch extern im Rahmen einer GmbH & Co KG gearbeitet werden. Als Beispiel sei die Lösung in Goslar genannt. Er bitte darum, auch die Alternativen zuzulassen.

Erster Kreisrat Hortig regt an, ebenfalls zu überlegen, als Alternative bereits bestehende Infrastruktur in anderen Landkreisen zu nutzen und die Aufgabe im Rahmen einer Auftragsvergabe extern zu vergeben. Impulse und Richtungen würden vom Kreistag vorgegeben, die Ausführung müsse dann nicht zwingend in einem eigenen Organ erfolgen, was Synergien Personal- und Sachkosten nach sich ziehen würde. Dies wäre zwar in die Zukunft gedacht und würde den Begriff der Interkommunalen Zusammenarbeit erweitern, trotzdem sollte diese Möglichkeit bei einer ergebnisoffenen Planung im Hinblick auch auf die bereits im Kreis vorhandenen Strukturen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

KAbg. Ganzauer findet es wichtig, dass der Prozess wieder aufgegriffen wird. Er nennt als Beispiel für die Nutzung von EU-Fördermitteln den Landkreis Wrzesnia, der bereits 2006 alleine hierfür drei Stellen eingerichtet habe. Diese Dinge verliere der Landkreis Wolfenbüttel, weil keine kompetenten Stellen vorgehalten würden. Deshalb sei wichtig, dass die Wirtschaftsförderung vorangetrieben würde. Es soll in jedem Fall die Stadt Wolfenbüttel mit in Boot genommen werden. Selbst wenn von dort negative Signale kämen, sollte immer wieder der Kontakt gesucht werden, da die Stadt ca. 50 Prozent des Landkreises ausmache und sie in Sachen Wirtschaftsförderung weiter sei. Daher sei die Einrichtung der Projektgruppe sinnvoll.

KAbg. Fricke macht den Vorschlag die Beschlussempfehlung in „Eine aktive Wirtschaftsförderung für den Landkreis Wolfenbüttel wird durch eine Projektgruppe konzeptionell untersucht und entwickelt“

Erster Kreisrat Hortig macht den Vorschlag auch die Zusammensetzung der Projektgruppe in die Beschlussempfehlung aufzunehmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachfolgende

Beschlussempfehlung:

Eine aktive Wirtschaftsförderung für den Landkreis Wolfenbüttel wird durch eine aus der Verwaltung, Politik und den Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten bestehende Projektgruppe konzeptionell untersucht und entwickelt.

**TOP 11 Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“
Vorlage: XVII-0277/2013**

Vorsitzender Kaatz ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf und bittet um Wortmeldungen.

Erster Kreisrat Hortig führt die Vorlage aus und weist darauf hin, dass die Verwaltung den derzeit noch vorhandenen Standortvorteil nutzen möchte.

KAbg. Lühr begrüßt das Projekt und findet es zukunftsweisend. Es profitieren mehrere Ausbildungsberufe von diesem Projekt und das sollte genutzt werden.

Vorsitzender Kaatz ergänzt, dass die ergänzende Vorlage als Punkt 3 zur Beschlussempfehlung hinzugefügt wird.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

1. Der Carl-Gotthard-Langhans-Schule werden für das Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“ rd.185.300 € im Jahr 2013 zur Verfügung gestellt.
2. Der Sperrvermerk des Kreistages vom 17.12.2012 über 200.000,00 € bei dem Produktkonto 1112100000.7831100 wird aufgehoben.
3. Den überplanmäßigen Ausgaben auf dem Produktkonto 2310100000.7831100 der Carl-Gotthard-Langhans-Schule für das Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“ in Höhe von 185.300 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktkonto 1112100000.7831100.

**TOP Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“; Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: XVII-0277/2013/1**

Beschlussvorschlag:

Den überplanmäßigen Ausgaben auf dem Produktkonto 2310100000.7831100 der Carl-Gotthard-Langhans-Schule für das Projekt „Von der Produktion regenerativer Energie bis zum Verbrauch per E-Mobility“ in Höhe von 185.300 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus dem Produktkonto 1112100000.7831100.

TOP 12 ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig **Vorlage: XVII-0317/2013**

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Landrat wird beauftragt, den 2. Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/2. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0317/2013 ergibt, abzuschließen.

TOP 13 Unterrichtung durch den 1. Kreisrat über wichtige Angelegenheiten **(§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)**

Erster Kreisrat Hortig informiert darüber, dass der Landkreis den Einsatz der E-Mobilität weiter fördern möchte. Daher wird sich der Landkreis auch an der Ausschreibung bei dem Projekt „E-Mobilität bei der Projektregion“ beteiligen und habe Interesse für ein Fahrzeug angemeldet. Dieses würde mit 200 €/Monat von der Metropolregion gefördert werden, so dass die derzeit höheren Betriebskosten auf dem Niveau eines Wagens mit Verbrennungsmotor lägen.

TOP 14 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender Kaatz schließt um 18:57 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender Kaatz stellt nunmehr Herrn Heiko Ebert von der Firma Konzept2 vor und stellt den Antrag, Herrn Ebert und von der Verwaltung Herrn Beddig und Herrn Rexhausen formell für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zuzulassen. Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Herr Ebert, Herr Beddig und Herr Rexhausen werden für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zugelassen.

Vorsitzender Kaatz eröffnet um 18:58 Uhr den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführer/in